



## Rohstoffpolitik der Bundesregierung – quo vadis?

Noch nie hat Deutschland länger auf eine politische Orientierung durch eine Koalitionsvereinbarung gewartet als nach der Bundestagswahl am 24. September 2017. Rohstoffe waren in den Gesprächen von CDU, CSU und SPD kaum ein Thema. Integration, Rente, Gesundheit, Klimaschutz – andere Themen als Rohstoffpolitik haben die Diskussion beherrscht. Dies obwohl der Zugang zu heimischen Bodenschätzen und zu Rohstoffen von den internationalen Märkten auch zu Zeiten von Industrie 4.0 immer wieder gesichert werden muss.

Immerhin: Die Koalitionäre haben im Kapitel „Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen“ wichtige Eckpunkte für ihre Rohstoffpolitik verankert. Sie stellen ausdrücklich fest, dass die Versorgung mit Rohstoffen und der sichere Zugang zu Bodenschätzen entscheidende Faktoren für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind.

Die neue Bundesregierung will sich folglich dafür einsetzen, dass heimische Bodenschätze in Deutschland weiterhin wirtschaftlich abgebaut werden können. Die dafür notwendige langfristige Investitions- und Planungssicherheit soll bestehen bleiben. Dem wird man entnehmen können, dass die raumordnerischen und bergrechtlichen Grundlagen garantiert werden sollen. Dies ist für die Unternehmen, die jährlich zuletzt etwa 760 Mio. t heimische Rohstoffe gewonnen haben, sehr wichtig.

Bei der Versorgung von den Weltmärkten geht es darum, in bilateralen Handelsverträgen und vor allem auf WTO-Ebene die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Die Industrie soll davon profitieren, dass das Rohstoffmonitoring durch die Deutsche Rohstoffagentur weiter ausgebaut wird, und zwar mit einem besonderen Fokus auf Rohstoffe und Zwischenprodukte für Zukunftstechnologien (z.B. Elektromobilität, Leichtbau). Die Bundesregierung will die Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe in den Deutschen Außenhandelskammern in rohstoffreichen Ländern stärken und die Einrichtung weiterer Kompetenzzentren prüfen.

Der wachsende Bedarf an Hochtechnologie-Rohstoffen hat dazu geführt, dass die Projekte im Tiefseebergbau fortgeführt werden, u.a. durch so genannte Pilot-Mining-Tests. Wie immer kommt auch Res-

sourceffizienz und Recycling, z.B. von „kritischen“ Metallen, nicht zu kurz. Die Bundesregierung will dazu Bemühungen der Industrie unterstützen. Das nationale Ressourceneffizienzprogramm (Progress), das im Frühjahr 2019 zur Erneuerung ansteht, möchte sie nach dem Grundsatz „Freiwilligkeit vor Regulierung“ fortentwickeln.

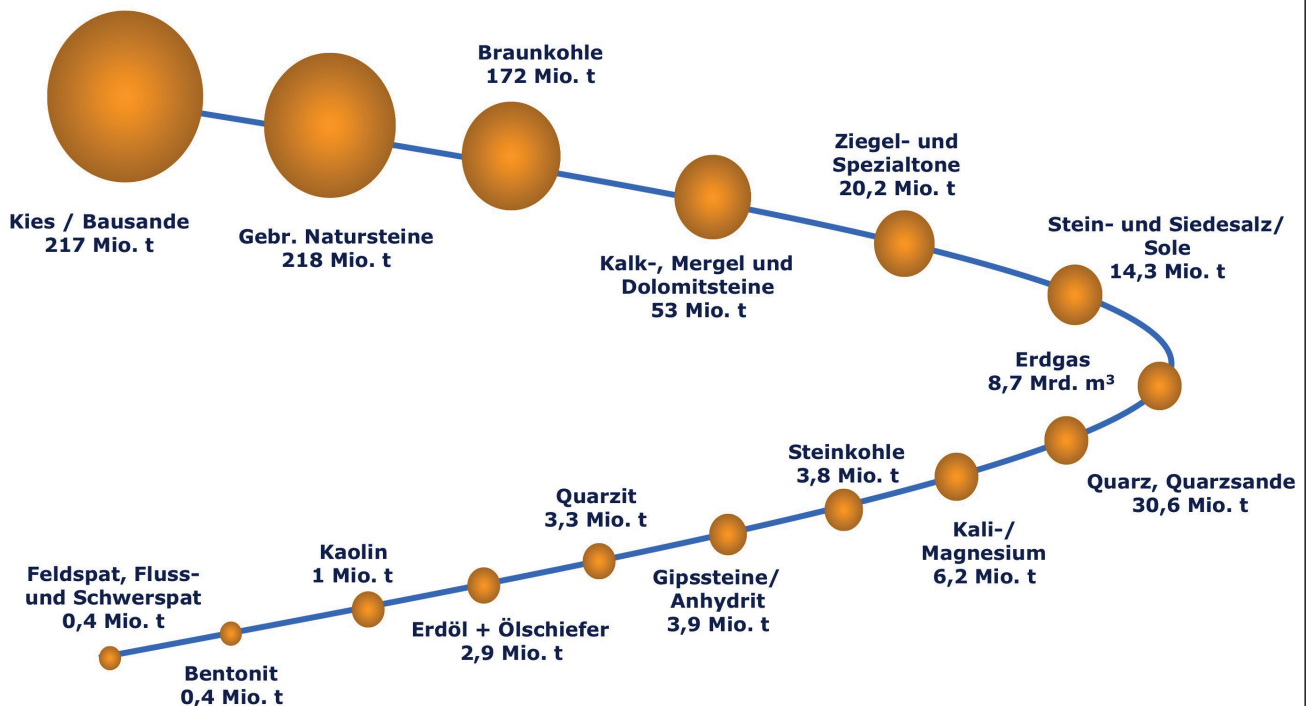
Rohstoffpolitik ist keinesfalls ein „Randthema“ – sie ist Voraussetzung für unsere fortschrittliche Industriegesellschaft. Rohstoffe braucht und gebraucht jeder. Will Deutschland global Vorbild sein, muss es auch „zu Hause“ mit gutem Beispiel vorangehen und so seine weltweit vorbildlichen Umwelt-, Arbeits-, und Sozialstandards in der Praxis unter Beweis stellen. Eine Verlagerung der Rohstoffförderung in Länder mit geringeren Standards hätte negative Auswirkungen auf die gesamte Erde.



## Rohstoffgewinnung in Deutschland vielfältig und bedeutend



VRB  
Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.



Grafik: D-EITI, BGR und BMWi, Zahlenbasis 2016

Hier muss Politik Verantwortung übernehmen und ehrlich sein. Wenn wir unseren Wohlstand halten und dabei nicht auf Kosten anderer leben möchten, müssen wir die heimische Rohstoffförderung zulassen, sie stärken und damit Innovationen bei Produktion und Verarbeitung fördern.

Insgesamt führt die neue Bundesregierung die Rohstoffpolitik der Vorgängerregierung fort. Die grundsätzlichen Entscheidungen sind sicher richtig, so die Bestätigung der drei Eckpunkte heimische Boden-

schätze, internationale Märkte und Recycling/ Ressourceneffizienz. Was fehlt, ist die Ankündigung, zum Rohstoffbewusstsein der Bevölkerung und zur Verbesserung der Datenlage bei Rohstoffen erheblich beizutragen.

Aber: Nicht alles, was im Koalitionsvertrag steht, geschieht auch. Ein Thema ist sicherlich, die Akzeptanz in der Bevölkerung für industrielle Vorhaben insgesamt, besonders aber für Rohstoffgewinnungs- und Bergbauaktivitäten zu stärken. Die Verbesserung dieser Ak-

zeptanz ist gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Es muss möglich bleiben, gesellschaftlich wichtige Vorhaben auch gegen den Widerstand Einzelner oder gegen punktuell vorgetragenen Bürgerprotest zügig durchzusetzen.

Der neuen Regierung sei zugerufen: Packen wir es an! Glückauf!